



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Florian von Brunn, Markus Rinderspacher, Ruth Müller, Dr. Simone Strohmayr, Arif Tasdelen, Anna Rasehorn, Holger Griebhammer, Volkmar Halbleib, Katja Weitzel, Ruth Waldmann, Harry Scheuenstuhl, Doris Rauscher, Sabine Gross, Christiane Feichtmeier, Martina Fehlner, Nicole Bäuml, Horst Arnold** und Fraktion (SPD)

Anhörung: Für eine EU ohne Antisemitismus

Der Landtag wolle beschließen:

Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen führt eine öffentliche Sachverständigenanhörung zum Thema „Für eine EU ohne Antisemitismus“ durch.

Die Anhörung konzentriert sich auf die länderübergreifende Ausbreitung von bedrohlichem Antisemitismus in der EU und untersucht die unterschiedlichen Erscheinungsformen sowie Bekämpfungsstrategien in den Mitgliedsländern. Im Fokus stehen grenzüberschreitende, nationale und regionale Maßnahmen sowie Projektvorhaben zur Bekämpfung von Antisemitismus, Hass und Hetze in der EU.

Das Ziel der Anhörung ist es, zu erörtern, wie durch nationale und regionale Aktionspläne sowie im Dialog mit der Zivilgesellschaft in allen EU-Regionen wirksam gegen Antisemitismus vorgegangen werden kann, um jüdisches Leben zu schützen und eine lebendige Erinnerungs- und Gedenkkultur zu bewahren.

Begründung:

Antisemitismus ist mit den Grundwerten Europas unvereinbar. Er stellt eine Gefahr für jüdische Gemeinschaften und jüdisches Leben dar, für eine offene Gesellschaft, für die Demokratie und die europäische Lebensweise. In Europa nimmt die Gewalt gegen Juden seit Jahren zu, wobei sich Phänomene und Ausprägungen des Antisemitismus in den verschiedenen EU-Ländern unterscheiden.

Auf Grundlage der Entschließung des Europäischen Parlaments zur Bekämpfung von Antisemitismus vom 01.07.2017 (2017/2692(RSP)) hat die Europäische Kommission 2021 erstmals eine Strategie zur Bekämpfung von Antisemitismus und zur Förderung jüdischen Lebens vorgestellt. An der Umsetzung sind 17 Generaldirektionen in der EU-Kommission beteiligt. Insgesamt sollen bis 2030 96 Initiativen umgesetzt werden.

Die Bundesregierung hat am 30. November 2022 die von Bundesministerin Nancy Faeser ins Bundeskabinett eingebrachte Nationale Strategie gegen Antisemitismus und für jüdisches Leben (NASAS) beschlossen. Bislang haben nur knapp die Hälfte der EU-Mitgliedstaaten der Kommission eine nationale Strategie vorgelegt. Die Erstellung nationaler Strategien hatte die Kommission in ihrem Fahrplan bis 2030 gefordert. 2024 will die Kommission einen ersten Zwischenbericht veröffentlichen.

Die Landtagspräsidentinnen und Landtagspräsidenten haben in ihrer Brüsseler Erklärung zum Antisemitismus vom 23.01.2023 „eine stärkere Beteiligung der Landesparlamente an grenzüberschreitenden Projekten im Kampf gegen den Antisemitismus“ angekündigt.

Die Anhörung im Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen soll angesichts der besorgniserregenden Zunahme von Antisemitismus in Bayern, Deutschland und in der EU die Ursachen und gesellschaftspolitischen Kontexte dieser Entwicklung beleuchten und grenzüberschreitende, nationale und regionale Handlungsmöglichkeiten und Projektvorhaben zur Bekämpfung von Antisemitismus, Hass und Hetze in der EU erörtern.